

Ressort: Lokales

NRW: Polizei will bei häuslicher Gewalt und Ruhestörung nicht mehr ausrücken

Düsseldorf, 15.08.2013, 07:03 Uhr

GDN - Mehrere Polizeipräsidenten in Nordrhein-Westfalen stellen ihre Aufgaben auf den Prüfstand: Sie fragen sich, ob die Beamten weiter bei Ruhestörungen ausrücken oder Fälle häuslicher Gewalt bearbeiten sollen. Das geht laut der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" aus einer vertraulichen Übersicht der Aufgabenkritik der Polizeichefs von Düsseldorf, Köln, Dortmund, Münster, Essen und Aachen hervor.

Den Anstoß zur Debatte hatte vor etwa einem Jahr der Polizeichef von Münster, Hubert Wimber, gegeben. Er warb damals dafür, die Polizei von der Bearbeitung von Bagatellunfällen zu entlasten. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte zuletzt gefordert, bei Temposünden den Autohalter haftbar zu machen, wenn er den Fahrer nicht nennt. Bei allen Initiativen geht es im Kern darum, den Aufwand zu reduzieren und die Sicherheitsbehörden auf ihre Kernkompetenz zu konzentrieren: Den Kampf gegen die Kriminalität. Die Aufgabenkritik der Polizeichefs umfasst 33 Punkte. Am häufigsten werden der Objektschutz, die Begleitung von Schwertransporten und die Bearbeitung von Beschwerden wegen Ruhestörung genannt. In Dortmund stellt man die verstärkten Streifen im Vorfeld und am Zaun des Flughafens infrage. In Essen entzündet sich die Kritik daran, dass die Justiz die Polizei mit Aufenthaltsermittlungen befasst. Münster schlägt den Verzicht auf Blutproben vor "zugunsten einer Atemalkoholanalyse". Das würde bundesweit etwa 5.0000 Bluttests überflüssig machen. Essen und Münster schließen sogar die Bearbeitung von häuslicher Gewalt in ihre Aufgabenkritik ein. Es geht nicht darum, die Aufgaben unerledigt zu lassen, sondern sie neu und anders zu verteilen. Beispiel Amtshilfe: So erledigt die Polizei Köln einfache Rauschgiftdelikte aus der Zuständigkeit der Bundespolizei. Beispiel Bürokratie: Die Beamten in Dortmund kritisieren, dass sie eine Unfallblattsammlung auf Papier vorhalten müssen. Außerdem gibt es Aufgaben, die von anderen Behörden erledigt oder sogar privatisiert werden könnten. Darunter fiel die sicherheitstechnische Fachberatung, die Überwachung beim Abschleppen von Autos oder die seit Jahren viel beklagte Begleitung von Schwertransporten. Mecklenburg-Vorpommern hat sie schon Mitte der 90er Jahre von den Aufgaben der Polizei gestrichen. Die Praxis ist von Land zu Land unterschiedlich.

Bericht online:

<https://www.germantoday.com/bericht-19683/nrw-polizei-will-bei-haeuslicher-gewalt-und-ruhestoerung-nicht-mehr-ausruecken.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com